Verfahren zur Ermittlung und Bewirtschaftung der Versorgungsrückstellungen

Bei Versorgungsverpflichtungen handelt es sich um „ungewisse Verbindlichkeiten“ im Sinne von § 249 Abs. 1 HGB, die grundsätzlich zu bewerten und zu passivieren sind. Die Pflicht zur Bildung von Rückstellungen für ungewisse Verbindlichkeiten setzt voraus, dass

- eine Außenverpflichtung besteht oder künftig entstehen wird
- die Verbindlichkeit wirtschaftlich in der Zeit vor dem Bilanzstichtag verursacht wurde
- der Schuldner mit der Inanspruchnahme ernsthaft rechnen muss.

Fehlt es an der Wahrscheinlichkeit der Inanspruchnahme und somit an der Vermögensbelastung des Verpflichteten, besteht bereits handelsrechtlich ein Passivierungsverbot, das wegen der Maßgeblichkeit der handelsrechtlichen Grundsätze auch für die steuerliche Gewinnermittlung gilt. Eine handelsrechtliche Verpflichtung besteht nur für unmittelbare Versorgungsverpflichtungen (§ 249 Abs. 1 Nr. 1 Alt. 1 HGB in Verbindung mit Art. 28 Abs. 1 Nr. 1 EGHGB).

Unmittelbare Versorgungsverpflichtungen bestehen, sofern der Dienstherr diese Leistungsverpflichtung keinem Dritten übertragen hat. Schuldner der Versorgungsverpflichtungen bleiben aufgrund des Beamtenrechtes auch bei Einschalten einer Versorgungskasse die Dienstherrn bzw. Arbeitgeber, so dass die Ruhegehaltsfestsetzungen durch die Versorgungskassen im Namen des jeweiligen Dienstherrn bzw. Arbeitgebers erfolgen, denn beamtenrechtliche Verpflichtungen bzw. Ansprüche sind nicht auf einen externen Versorgungsträger übertragbar. Ob der Dienstherr durch seine Mitgliedschaft in einer Versorgungskasse einen Rechtsanspruch auf Freistellung von den Versorgungsverpflichtungen erwirbt, so dass die Bildung einer Rückstellung für die Versorgungsansprüche nicht nötig wäre bzw. in der Steuerbilanz unzulässig ist, ist in der Fachliteratur umstritten. Aufgrund des Beamtenrechtes empfiehlt der Finanzbeirat der EKD die Bilanzierung der unmittelbaren Versorgungsverpflichtungen. Das neue kirchliche Finanzwesen würde zudem sonst seinem Ziel nicht entsprechen: Die Verpflichtung soll ebenso wie die bereits erfolgte Absicherung transparent werden, um die Steuerungsentscheidungen der haushaltgebenden Gremien optimal zu unterstützen.

Bei unmittelbaren Versorgungsverpflichtungen sind daher sowohl in der Eröffnungsbilanz als auch in den Folgebilanzen sämtliche Versorgungsverpflichtungen (auch die Versorgungsanwartschaften) vollständig zu passivieren. Sofern der Dienstherr zur Absicherung der Zahlungsverpflichtungen „Rückversicherungen“ (z.B. bei der ERK oder der VERKA) abgeschlossen hat, kann er zugleich die entsprechende Absicherung aktivieren. Aus Gründen der Transparenz ist hier auf eine Saldierung (Bilanzverkürzung) der Rückstellungen mit den Absicherungen zu verzichten, denn der Rückdeckungsanspruch einerseits und die Versorgungsverpflichtung andererseits stellen unabhängig voneinander zu bilanzierende Wirtschaftsgüter dar, auch bei einer Rückdeckung in voller Höhe.

Mittelbare Versorgungsverpflichtungen liegen vor, wenn der Dienstherr/Arbeitgeber einen externen Versorgungsträger (eine Unterstützungs- oder Pensionskasse oder eine Versicherung) zur Abwicklung der Versorgungsleistungen einschaltet. Ausschlaggebend für diese Beurteilung ist, dass die Zusagen auf die Unterstützungskasse übertragen werden bzw. von dieser gegenüber dem Pensionär zu erfüllen sind und das Trägerunternehmen nur subsidiär haftet. Zu den mittelbaren Versorgungsverpflichtungen gehört auch die subsidiäre Versorgungsverpflichtung des Arbeitgebers, aufgrund seiner Einstandspflicht bei Unterdeckung einer Unterstützungskasse die Erfüllung der Versorgungsansprüche des Arbeitnehmers zu gewährleisten. Faktisch liegen bei privatrechtlich Angestellten für die Evangelischen Landes-

kirchen mittelbare Versorgungsverpflichtungen vor, wenn diese bei einer (kirchlichen) Zusatzversorgungskasse abgesichert sind.

Für mittelbare Verpflichtungen aus Zusagen auf laufende oder künftige Pensionen sowie für ähnliche unmittelbare oder mittelbare Verpflichtungen braucht nach Art. 28 Abs. 1 Nr. 2 EGHGB in der Handelsbilanz keine Rückstellung gebildet werden, so dass aufgrund der Maßgeblichkeit für die Steuerbilanz ein Passivierungsverbot gilt.

Sofern die Zahlungspflicht (z.B. im Insolvenzfall des externen Versorgungsträgers) auf den kirchlichen Dienstherrn zurückfallen kann, ist dennoch von einer Passivierungspflicht auszugehen, wenn mit der Inanspruchnahme ernsthaft gerechnet werden muss, also mehr Gründe dafür als dagegen sprechen.

Für das angestrebte Ziel der Ausweisung des Ressourcenverbrauchs ist es erforderlich, dass die nötigen Versorgungsrückstellungen für alle kirchlichen Bediensteten (Pfarrer/-innen und Beamte/ -innen mit gesetzlichen Versorgungsansprüchen) gebildet werden. Dabei sollen bei Erstellung der Eröffnungsbilanz auch Altverpflichtungen berücksichtigt werden.

Je nach Größe der bilanzierenden Einheit und deren Steuerungsbedarf kann in der Bilanzgliederung eine Differenzierung der Versorgungsrückstellungen erfolgen (z.B. nach eingetretenen Versorgungsfällen, Versorgungsanwartschaften, der Vermögensdeckung, den Empfängerbereichen).

Die Versorgungsrückstellung für aktive Mitarbeitende wird grundsätzlich im sog. Teilwertverfahren mit dem versicherungsmathematischen Barwert des bis zum Bilanzstichtag erworbenen Versorgungsanspruchs angesetzt. Der Wert der Versorgungsrückstellung für Versorgungsempfänger ergibt sich entsprechend § 253 Abs. 1 Satz 2 HGB als Barwert der erwarteten Versorgungsbezüge.

Dieser Barwert soll dem Finanzbetrag entsprechen, der zusammen mit den daraus zu erwirtschaftenden Finanzerträgen ausreicht, um die Zahlungsverpflichtungen bedienen zu können. Bei der versicherungsmathematischen Ermittlung des Barwertes wird deshalb unterstellt, dass auf das (möglichst) angesammelte Kapital Erträge in Höhe eines bestimmten Zinssatzes anfallen. Je höher der Zinsfuß, desto niedriger der Barwert und umgekehrt. Der zurzeit steuerrechtlich definierte Zinsfuß von 5,5 % (§ 6 a Abs. 3 S. 3 EStG) erscheint dafür zu hoch. Der zu verwendende Kapitalisierungszinssatz könnte sich stattdessen am jeweils langfristigen Kapitalmarktzinssatz für festverzinsliche Wertpapiere orientieren. Durch das Bilanzmodernisierungsgesetzes (BilMoG) wird der Zinsfuß zur Ermittlung des Barwertes vorgegeben: er wird von der Deutschen Bundesbank nach Maßgabe einer Rechtsverordnung ermittelt und monatlich bekannt gegeben. Bei der Übernahme dieses Zinsfußes sollte jedoch der Trend berücksichtigt werden, da mit dem Zinsfuß für die Rückstellungen zukünftig zu erwartende Zinserträge abgebildet werden sollen. Darüber hinaus müssen bei der Ermittlung der Versorgungsverpflichtungen auch künftige Steigerungen der Besoldung/Vergütung und der Versorgungsleistungen antizipiert werden.

Ein einheitlicher Zinsfuß kann bei der Versorgungsrückstellung derzeit nicht vorgegeben werden, da die evangelischen Landeskirchen unterschiedliche Wege bei der Absicherung der Versorgung gehen und daher unterschiedliche Renditen der Absicherung gegeben sind. Bei einer höher zu erwartenden Rendite kann auch der Zinsfuß höher ausfallen. Für die Beurteilung im Solidarpakt der Gliedkirchen der EKD wird ein gemeinsamer Zinsfuß sowie eine Dynamisierungsrate in dreijährigem Abstand ermittelt.

Im Rahmen des § 6a EStG wird während der Aktivzeit der Mitarbeitenden nicht der Barwert der Verpflichtungen zurückgestellt, sondern der Teilwert. Dieser wird gleichmäßig vom Zeitpunkt des Eintrittes (die Ernennung des Beamten) bis zum Eintritt des Versorgungsfalles

(nach beamtenrechtlichen Regeln) aufgebaut. Beim Teilwertverfahren wird der Aufwand für den Aufbau der Pensionsrückstellungen für aktive Mitarbeiter über eine fiktive Prämie (Teilwertprämie) gleichmäßig über die Dienstzeit verteilt.

Für die Berechnung von Versorgungsrückstellungen kann die meist genutzte Generationentafel Heubeck 2005 G eine sinnvolle Grundlage sein, da sie allgemein anerkannt und bei jedem Aktuar verfügbar ist. Für die Berechnung bei kirchlichen Bediensteten ist sie jedoch nicht gut geeignet, da sich deren Sterblichkeit erheblich von der dort unterstellten unterscheidet. Daher wird sie für die Berechnung ihrer Versorgungsrückstellungen von den kirchlichen Versorgungskassen erheblich modifiziert.

Grundsätzlich kann die Berechnung der Versorgungsrückstellung in den kirchlichen Bilanzen durch die zugehörige Versorgungskasse erfolgen, wenn sichergestellt ist, dass alle notwendigen Faktoren einbezogen worden sind (z.B. auch ein mindestens anteiliger Inflationsausgleich als Steigerungsrate der Versorgungszahlungen, Erwerbsunfähigkeitsrisiko). Zinssatz und Dynamisierungsfaktor sollen im vorgegebenen Rahmen eingesetzt werden.

Für die **Absicherung von Versorgungslasten** ergeben sich teilweise unterschiedliche Aktivierungsansätze und Bewertungsvolumen, entsprechend dem rechtlichen Umfang der Übertragung der Leistungsverpflichtungen (z.B. Absicherung Invaliditätsrisiko) auf die Versorgungskassen und den zugrunde liegenden Finanzierungsverfahren (Umlage-, Kapitaldeckungs- oder Abschnittsdeckungsverfahren).

Die Rückstellungsverpflichtung von **Beihilfeansprüchen** unterscheidet sich nach der aktiven Dienstzeit und nach der aus dem Dienst bereits ausgeschiedenen Lebenszeit. Nach handelsrechtlichen Maßstäben kann für Beihilfezahlungen an aktive Beihilfeberechtigte keine Rückstellung gebildet werden. Ein Rückstellungsbedarf ergibt sich jedoch für die Beihilfeansprüche, die nach dem Ausscheiden aus dem aktiven Dienst geltend gemacht werden können. Während der aktiven Zeit soll diese Rückstellung zeitanteilig aufgebaut werden. Bei Eintritt in den Ruhestand ist die volle Rückstellung zu bilanzieren, die im Laufe des Ruhestandes verbraucht wird. Aufgrund der steigenden Tendenz der Beihilfeansprüche von Versorgungsempfängern wird dieser Rückstellungsbedarf an Bedeutung zunehmen, um die Belastung künftiger Haushalte nicht übergroß werden zu lassen. In der Bilanz sollen die Beihilferückstellungen den Versorgungsrückstellungen zugeordnet werden, im Anhang soll die Zusammensetzung erläutert werden.

Hinweise zur Buchungstechnik finden Sie in den Buchungsbeispielen für die erweiterte Kameralistik oder für die kirchliche Doppik.